

UNGLEICHE DEMOKRATIEN

ÖSTERREICH: WER SITZT (NICHT) IM PARLAMENT?

Eine Analyse der sozialen Repräsentation
des österreichischen Nationalrats in der
Legislaturperiode 2019–2024

Michael Jennewein
Juni 2024



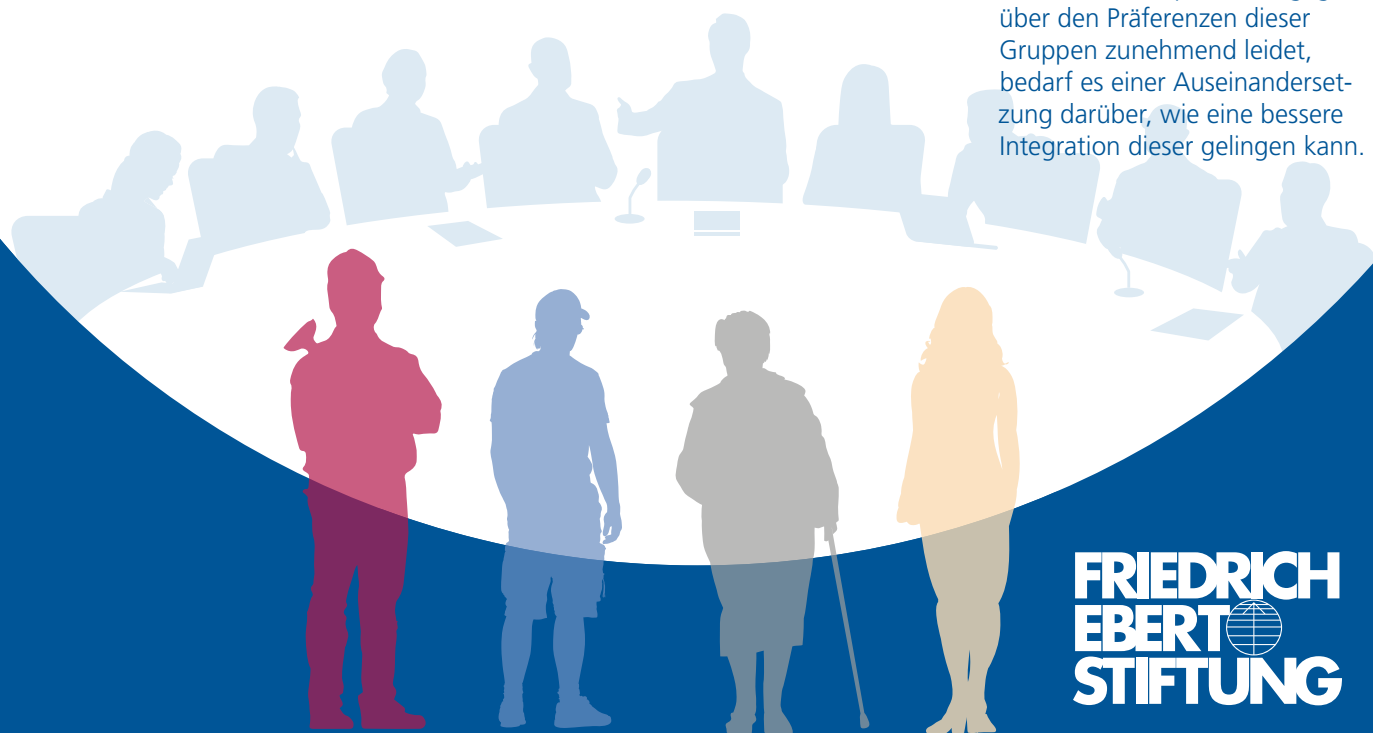
Der österreichische Nationalrat kennzeichnet sich durch einen im internationalen Vergleich höheren Frauenanteil und die relativ bessere Repräsentation von Jungen aus. Allerdings ist der Frauenanteil dennoch nicht ausgeglichen. Die Parteien links der Mitte weisen dabei eine bessere Bilanz auf als rechte Parteien.



Selbstständige und Unternehmer:innen sind gut repräsentiert, Bauern überrepräsentiert. Der relativ niedrige Akademiker:innenanteil geht auf den hohen Anteil von Berufsschulabschlüssen zurück. Der Nationalrat ist damit in geringerem Maße »Akademiker:innenparlament«.



Arbeiter:innen sind im österreichischen Parlament unterrepräsentiert. Da die Responsivität gegenüber den Präferenzen dieser Gruppen zunehmend leidet, bedarf es einer Auseinandersetzung darüber, wie eine bessere Integration dieser gelingen kann.



Inhalt

EINLEITUNG	2
-------------------------	----------

ES MACHT EINEN UNTERSCHIED, WER IM PARLAMENT SITZT	3
---	----------

WELCHE DATEN WURDEN WIE ERHOSEN?	5
---	----------

ERGEBNISSE: WENIGE ARBEITER:INNEN, RELATIV VIELE SELBSTSTÄNDIGE	7
--	----------

Alter: Abgeordnete kleiner Parteien sind im Schnitt jünger.....	7
Geschlecht: Noch nie so viele Frauen im Parlament, außer in der FPÖ.....	8
Bildung: Das duale Bildungssystem macht sich bemerkbar.....	11
Soziale Klasse: Wenige Arbeiter:innen, aber insgesamt durchmischer als im internationalen Vergleich.....	11
Fazit: Besser als im Vergleich, aber mit Luft nach oben.....	14

Referenzen	16
Daten- und Kodierungsquellen	17

EINLEITUNG

Bei der Nationalratswahl 2019 wurden 72 und damit mit 39% so viele Frauen in die 183 Sitze fassende erste Kammer des österreichischen Parlaments gewählt wie noch nie zuvor. Inzwischen ist der Anteil durch Nachrückende sogar auf erstmals über 40% gestiegen. Gleichzeitig wurde der Nationalrat über die Jahre auch jünger. 11 und damit 6% der Abgeordneten waren bei ihrer Wahl unter 30 Jahre alt. Noch vor 20 Jahren waren nur 3 Abgeordnete jünger als 30. Der heutige Anteil liegt im westeuropäischen Durchschnitt. Im deutschen Bundestag sind beispielsweise 7% der Abgeordneten bei der Wahl 2021 unter 30 Jahren gewesen. Außerdem: 4% der österreichischen Abgeordneten wurden im Ausland geboren – ein Umstand, der vor Jahrzehnten noch die absolute Ausnahme war. Immerhin lag der Anteil der österreichischen Staatsbürger:innen, die im Ausland geboren wurden, im Jahr 2022 bei 16,7%. Hinzu kommen noch einige Abgeordnete, die in ihrer unmittelbaren Familie eine rezente Migrationsgeschichte aufweisen. Auffallend ist, dass fast alle Parlamentsparteien in diesen drei genannten Parametern heute repräsentativer sind als noch vor einigen Jahren. Nur die FPÖ schert aus: Sie hat weder eine/n Abgeordnete/n unter 30 Jahren, noch jemanden der im Ausland geboren wurde, sowie mit 13% den deutlich geringsten Frauenanteil.

Gleichzeitig sind nur 8% der Abgeordneten vor ihrer Wahl in Berufen tätig gewesen, die man den (qualifizierten) Arbeiter:innen zuordnen kann, und das obwohl Arbeiter:innen einen deutlich größeren Teil der Erwerbstätigen im Land ausmachen. Früher saßen – nicht nur in Österreich – noch deutlich mehr Arbeiter:innen in den Parlamenten. Dieses Phänomen der »Akademisierung« der politischen Elite (Best 2007; Bovens / Wille 2017) findet auch in Österreich statt. Immer mehr Politiker:innen haben Studienabschlüsse und entstammen einem ähnlichen, sozial und ökonomisch privilegierten Umfeld. Gar nicht wenige sind als »Karrieropolitiker:innen« (O’Grady 2019) nur in der Politik und ihrem Nahbereich tätig.

Diese Unterrepräsentation sozial weniger privilegierter Schichten ist dabei nicht nur auf den Einzug in die Parlamente beschränkt. Auch an der Mitbestimmung der Zusammensetzung der Parlamente beteiligen sich sozial und ökonomisch schlechter gestellte Gruppen immer weniger: die stetig sinkende Wahlbeteiligung ist mehrheitlich getrieben von sozial und ökonomisch weniger privilegierten Gruppen

(Wenker 2024; Elsässer et al. 2022). In Österreich kommt hinzu, dass diese Gruppen zunehmend sogar vom Wahlrecht als Ganzem ausgeschlossen sind, da vor allem nicht-österreichische Staatsbürger*innen in Arbeiterberufen tätig sind und die restriktive österreichische Einbürgerungspolitik deren Inklusion in der demokratischen Mitbestimmung behindert. Beispielfhaft in Zahlen ausgedrückt: Die Hälfte der Arbeiter:innen Wiens können weder auf nationaler noch auf regionaler Ebene wählen (Zandonella & Ehs 2021).

Die vorliegende Analyse setzt daher den Fokus auf die im Parlament vertretenen Berufsgruppen und die sozialen und ökonomischen Hintergründe der Abgeordneten. Wieso ist das wichtig? Als zentrales Gesetzgebungsorgan verhandeln Parlamentsabgeordnete die Regeln unserer Gesellschaft: wofür wir Ressourcen einsetzen wollen, was mit unseren Steuern passieren soll, sowie allgemein welche politischen Probleme wir priorisieren und wie lösen wollen. Wenn dort zunehmend ganze gesellschaftliche Gruppen nicht mehr adäquat repräsentiert sind, kann das Folgen für die Responsivität der Politik gegenüber deren Interessen haben. Wie die Responsivitätsforschung (siehe Gilens 2012; Elsässer et al. 2017) zeigt, führt der beobachtete Verlust der Vertretung sozial und ökonomisch schlechter gestellter Gruppen auch zu einer tatsächlichen niedrigeren Responsivität gegenüber ihren Präferenzen im parlamentarischen Prozess.

ES MACHT EINEN UNTERSCHIED, WER IM PARLAMENT SITZT

Nun wird an dieser Stelle gerne eingeworfen, ob es denn nicht entscheidender ist, *was* ein Parlament entscheidet, anstatt *wer* die Entscheidung trifft. Es habe schon einen Grund, wieso Politiker:innen mehrheitlich studiert haben, es brauche heutzutage Expertise für diesen Job und alle wollen ja, dass dieser professionell gemacht werde (vgl. Ennser-Jedenastik 2024). Zudem: Abgeordnete stimmen ja durchaus im Interesse ihrer jeweiligen Wähler:innen ab und auch ein Manager kann ein soziales Herz haben. Abgeordnete werden schließlich gewählt, weil Wähler:innen denken, dass diese am besten ihre politischen Präferenzen vertreten. Und es trifft tatsächlich zu, dass verglichen mit ihrem Anteil an der Bevölkerung seit jeher deutlich mehr Akademiker:innen in Parlamenten vertreten waren (vgl. O’Grady 2019). Auch ist klar, dass der Wunsch nach »fähigen Personen«, die sich in ihrer Materie auskennen, im Sinne der Demokratie und ihres Gelingens ist. Problematisch für das Grundversprechen der repräsentativen Demokratie wird es aber, wenn zu viele Perspektiven deutlich unterrepräsentiert sind, und zwar auch innerhalb der Akademiker:innen im Parlament.

Die Forschung kommt zunehmend zum Schluss, dass der Umstand *wer* im Parlament sitzt (**deskriptive Repräsentation**¹) eine Auswirkung darauf hat, *was* entschieden wird (**substanzielle Repräsentation**) (Elsässer et al. 2022). Das Fehlen von unteren Einkommens- und Berufsgruppen habe demnach durchaus Folgen für die substanzielle Unterrepräsentation von deren Interessen. Das Argument ist dabei nicht, dass Abgeordnete ein präzises Spiegelbild ihrer Wähler:innen sein müssten, damit sie gute Politik für diese machen können. Stattdessen stellt man die Frage, ob strukturelle Diskriminierungserfahrungen von unterprivilegierten Schichten diese systematisch anders entscheiden lassen als Abgeordnete aus privilegierteren Schichten. Jüngere Forschung zeigt, dass genau diese Erfahrungen sich in unterschiedlichen politischen Perspektiven und Positionen in relevanten Fragen manifestieren (Elsässer et al. 2022). Wer andere Lebenserfahrungen macht, entwickelt oft andere Lösungen für politische Probleme, bzw. bringt diese Probleme überhaupt erst auf die politische Agenda.

So weisen Abgeordnete aus der Arbeiter:innenschicht bei wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen tendenziell linkere Einstellungen auf und setzen sich häufiger für progressive Wirtschafts- und Sozialpolitik ein, als ihre Parteikolleg:innen mit anderem sozialen Hintergrund – unabhängig von der Parteizugehörigkeit (Carnes 2012; O’Grady 2019; Hemingway 2020). Das dahinterliegende Phänomen ist, dass die berufliche Sozialisation stark die eigenen politischen Überzeugungen und Perspektiven darauf prägt, was als politisches Problem wahrgenommen wird (Kitschelt / Rehm 2014).

Man kann das gut anhand der zunehmenden Inklusion von Frauen in politische Entscheidungsprozesse darstellen. Beispielsweise wurde in Studien gezeigt, dass je mehr Frauen im Parlament sitzen, diese bei ihren Entscheidungen Perspektiven, die nur Frauen betreffen, stärker berücksichtigen. So setzen weibliche Abgeordnete häufiger Prioritäten auf Themen, die Frauen stärker betreffen als Männer, wie zum Beispiel Pflege- und Sorgearbeit, Frauengesundheit oder Gewaltschutz. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn es dazu noch keine ausformulierten Parteipositionen gibt (Espírito-Santo et al. 2020; Wängnerud / Sundell 2012). Weibliche Abgeordnete haben demnach oft messbar andere Einstellungen und politische Prioritäten als ihre männlichen Kollegen.

Wenn das bei Frauen der Fall ist, wieso sollte das nicht auch bei Arbeiter:innen der Fall sein? Studien haben hier gezeigt, dass Abgeordnete aus Arbeiter:innenberufen messbar andere Einstellungen und politische Prioritäten verfolgen, und man dies auch in deren Abstimmungsverhalten nachweisen kann (Carnes 2013). Der Effekt sei sogar vereinzelt messbar, wenn Fraktionszwänge ein Ausscheren aus der Parteilinie unwahrscheinlich machen (Carnes 2015; Barnes / Saxton 2019). Diese Untersuchungen zeigen, dass Arbeiter:innen durch ihr soziales und berufliches Umfeld in Kernfragen der Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik oft andere politische Präferenzen aufweisen als Abgeordnete aus privilegierten Schichten (O’Grady 2019). Zum Beispiel sprechen sich Arbeiter:innen stärker gegen ökonomische Ungleichheit aus und sind öfters vernetzt mit Arbeitnehmer:innenorganisationen (Hemingway 2020). In Deutschland wurde etwa gezeigt, dass sich Ausgabeprioritäten verschieben, je nachdem welcher sozialen Klasse die Ministerpräsident:innen angehören (Hayo / Neumayr 2012). Diese

¹ Von deskriptiver Repräsentation spricht man, wenn die Abgeordneten wichtige (äußere) soziale Merkmale und Erfahrungen mit den Repräsentierten teilen.

Erkenntnisse legen nahe, dass die Wahrnehmung der größten politischen Probleme durchaus entscheidend geprägt davon ist, welcher Alltagsrealität jemand tagtäglich ausgesetzt ist.

Vor dem Hintergrund dieser Befunde wollen wir uns die deskriptive Repräsentation der Abgeordneten des österreichischen Nationalrats ansehen. Österreich ist insofern hierfür ein interessanter Fall, da es durch seine korporatistische Verfasstheit im internationalen Vergleich eine recht starke institutionalisierte Interessensvertretung von Arbeitgeber:innen – und (!) Arbeitnehmer:inneninteressen hat. Durch die verpflichtenden Mitgliedschaften von Arbeitgeber:innen in der Wirtschaftskammer und Arbeitnehmer:innen in der Arbeiterkammer könnte man von einem im internationalen Vergleich ausbalancierteren Zugang zu politischen Entscheidungen und Mitspracherechten ausgehen. Auch die nach wie vor bestehenden Verbindungen der Gewerkschaften vor allem zur Sozialdemokratie, aber auch zu den anderen größeren Parteien in vereinzelt Branchen wie Lehrerschaft/Öffentlicher Dienst (ÖVP) oder Polizei (FPÖ) könnten nahelegen, dass es vielleicht eine größere Repräsentation dieser Gruppen im Parlament gibt als im internationalen Vergleich. Auch die vor allem mit der ÖVP verzweigte Interessensvertretung auf Seite der Arbeitgebenden von Bauernbund/Landwirtschaftskammer bis hin zu Wirtschaftskammer/Industriellenvereinigung kann dahingehend untersucht werden, ob diese Repräsentation fair zwischen Inhaber:innen größerer Unternehmen, Kleingewerbetreibenden und Einzelpersonenunternehmenden (EPU) verteilt ist.

WELCHE DATEN WURDEN WIE ERHOSEN?

Für diesen Bericht ziehen wir die Erhebungsmethode aus der Originalvergleichsstudie der FES-Reihe *Ungleiche Demokratien: Wer sitzt (nicht) im Parlament?* heran (Elsässer / Schäfer 2022). Diese vergleichende Erhebung der Repräsentativität der fünf Parlamente Frankreichs, Spaniens, Großbritanniens, Polens und der Türkei wurde von einem Team rund um die Politikwissenschaftler Armin Schäfer und Lea Elsässer durchgeführt, die seit Jahren zu den Themen Repräsentativität und Auswirkung von Ungleichheiten auf Demokratien vergleichend forschen. Kern der Methode ist die Messung der sozialen Repräsentativität von Parlamenten anhand von mehreren Parametern. Für die Österreich-Analyse wurden insgesamt sechs Parameter erhoben: Parteizugehörigkeit, Alter bei der Wahl 2019, Selbstständigkeit, Beruf vor Eintritt ins Parlament, höchster Bildungsabschluss sowie Nebeneinkommen. Als Stichtag für die Datenerhebung wurde der 1. Mai 2024 festgelegt.

Herzstück der Analyse ist dabei neben der Erhebung von den klassischen Variablen Geschlecht, Alter und Bildungsniveau die Zuordnung der Berufe zu sozialen Erwerbsklassen nach unterschiedlichen Arbeitslogiken. Als Grundstock des Datensatzes wurden die offiziellen Informationen auf der Parlamentswebsite (parlament.gv.at) herangezogen.² Für die Kodierung der tatsächlich ausgeübten Berufe vor dem erstmaligen Eintritt ins Parlament mussten zusätzliche Datenquellen hinzugezogen werden. In vielen Ländern – so auch in Österreich – müssen Abgeordneten bei der Listenerstellung und in der Parlamentsbiografie zwar ihren Beruf angeben, diese Selbstangaben sind aber öfters willkürlich und zudem auch nicht akkurat genug, um sie adäquat Berufsgruppen nach Arbeitslogiken zuordnen zu können. Beispielsweise geben viele an, sie seien Politiker:in oder Jurist:in, wobei unklar ist, in welcher Form sie vorher tatsächlich tätig waren (im Sinne von selbstständig oder angestellt; in welcher Position in einer Organisation). Deshalb wurden die Selbstangaben der Abgeordneten mit anderen öffentlichen Datenbanken wie meineabgeordneten.at abgeglichen, welche verschiedene Informationen von Abgeordneten zentral für die Öffentlichkeit aufarbei-

tet, sowie mit Firmenbuchregistern, um etwa Firmeninhaber:innen zu identifizieren, als auch vereinzelt mit öffentlich zugängliche Lebensläufen der Abgeordneten.

Ziel der Methode ist die Eruierung der eingangs erwähnten fehlenden Perspektiven, welche aus den Prägungen des Arbeitsumfelds und der Arbeitslogiken entstehen. Diese Perspektivenunterschiede aus beruflicher Sicht verteilen sich einerseits entlang der Achse »selbstständig vs. unselbstständig beschäftigt« sowie andererseits entlang den unterschiedlichen Hierarchien und Ressourcenverfügbarkeiten innerhalb dieser beiden Kategorien. Unternehmer:innen, die als größere Arbeitgeber:innen fungieren, mögen andere politische und wirtschaftliche Probleme priorisieren als Kleingewerbetreibende mit wenigen Mitarbeitenden bzw. EPU. Unter den Arbeitnehmer:innen gibt es auch unterschiedliche berufliche Prägungen, je nachdem welche Position diese in der Organisationshierarchie ausüben. Beispielsweise ist die Angabe »Angestellter bei Siemens« wenig aussagekräftig ohne die Einordnung, ob es sich um eine Anstellung als Montagearbeiter oder Manager handelt. Um genau diese Unterschiede darzustellen, wurden analog zur Vergleichsstudie die ausgeübten Berufe vor erstmaligen Eintritt in das Parlament nach dem sozialen Erwerbsklassenschema nach Daniel Oesch (2006) kodifiziert.

Das Klassenschema nach Oesch unterscheidet dabei zwischen 16 Erwerbsklassen, die in Abbildung 1 dargestellt sind. Neben der jeweiligen Klasse sind beispielhaft konkrete Berufe angegeben, die in die jeweilige Erwerbsklasse fallen. Eine stark vereinfachte Version des Klassenschemas fasst die 16 Erwerbsklassen in vier Kategorien zusammen, die in der Abbildung durch die unterschiedlichen Farben gekennzeichnet sind. Nach diesem vereinfachten Schema werden Berufe, die zumeist einen akademischen Bildungsgrad erfordern, innerhalb der oberen Dienstklasse (rot) zusammengefasst, in der neben angestellten Akademikern auch leitende Unternehmer:innen und freie Berufe eingeordnet sind. Daneben werden alle Arbeitnehmer:innen der Semi-Professionen zur Mittelklasse (grün) und alle Lehr- und Anlern Tätigkeiten den Arbeiter:innen (gelb) zugeordnet. Die Kleingewerbetreibenden (grau) bilden die vierte Klasse. Für die Auswertungen wird sowohl auf das Vier-Klassen-Schema als auch auf das differenziertere 16-Klassen-Schema zurückgegriffen.

² An dieser Stelle vielen Dank an Roland Schmidt für die Zurverfügungstellung des R-Scripts und der Rohdaten, auf dessen Basis die Datenaufbereitung der auf der Parlamentswebsite abrufbaren Daten durchgeführt wurde.

Abbildung 1

Das Erwerbsklassenschema nach Oesch (2006)

	ARBEITNEHMER:INNEN			SELBSTSTÄNDIGE	
	Administrative Arbeitslogik	Interpersonelle Arbeitslogik	Technische Arbeitslogik	Unabhängige Arbeitslogik	
Akademische Berufe	Oberes Management Wirtschaftsprüfer:innen, Ministerialbeamte:innen, Werbefachkräfte	Soziokulturelle Expert:innen Lehrkräfte im Sekundarbereich Ärzt:innen, Hochschullehrer:innen	Technische Expert:innen Ingenieur:innen, IT-Expert:innen	Freie Berufe Anwält:innen, Geschäftsführer:innen, niedergelassene Ärzt:innen, freie Unternehmensberater:innen	Unternehmer:innen , Unternehmensbesitzer:innen, Landwirt:innen
Semi-Professionen	Unteres Management Verwaltungsfachkräfte, kaufmännische Fachkräfte	Soziokulturelle Semi-Professionen Sozialarbeiter:innen, Grundschullehrkräfte	Technische Semi-Professionen Ingenieurtechnische Fachkräfte, Medizintechniker:innen	Kleingewerbe mit Beschäftigten	
Qualifizierte Lehrberufe	Qualifizierte Bürokräfte Sekretariatsfachkräfte, Lagerwirtschaft	Qualifizierte Dienstleistende Verkäufer:innen, Erzieher:innen, Hilfspflegerkräfte	Facharbeiter:innen Elektromechaniker:innen, Bauelektriker:innen	Kleingewerbe ohne Beschäftigte	
Anlernertätigkeiten	Routine-Bürokräfte Call-Center-Agents	Routine-Dienstleistende Kellner:innen, Reinigungspersonal, Wachschutz	Routine-Arbeiter:innen Anlagenbediener:innen, Frachtarbeiter:innen		

ERGEBNISSE: WENIGE ARBEITER:INNEN, RELATIV VIELE SELBSTSTÄNDIGE

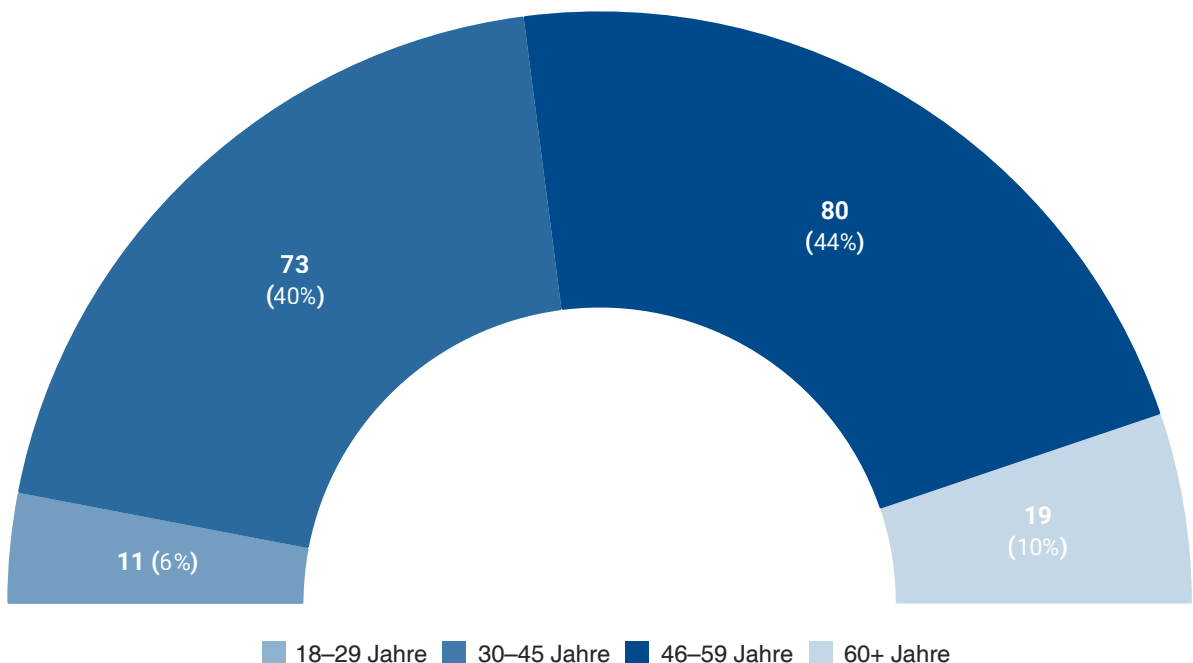
ALTER: ABGEORDNETE KLEINER PARTEIEN SIND IM SCHNITT JÜNGER

Das Durchschnittsalter der österreichische Nationalratsabgeordneten lag zum Zeitpunkt der Wahl 2019 bei 45,6 Jahren. Mit 11 Personen waren 6% der Abgeordneten unter 30 Jahre alt. Das klingt nach wenig angesichts des Umstands, dass diese Altersgruppe 19% aller Wahlberechtigten ausmachte. Gleichzeitig ist das ein relativ guter Wert, wenn man den internationalen sowie den historischen Vergleich heranzieht. Vor 20 Jahren waren erst drei Abgeordnete unter 30 Jahren. Heute ist Österreich mit 6% in dieser Altersgruppe im europäischen Vergleich im oberen Drittel. Das im Vergleich jüngere Wahlrechtalter von 16 Jahren macht demnach keinen allzu großen Unterschied im Hinblick auf die Repräsentation der Jungen im Parlament.³ Die Gründe für die trotzdem bestehende Unterrepräsentation von Jungen in Parlamenten sind vielfältig: Viele junge Menschen befinden sich noch in der Ausbil-

dung und wollen sich ein berufliches Standbein aufbauen, bevor sie ein höheres Amt in der Politik anstreben. Junge beteiligen sich generell weniger an Politik, gehen seltener wählen und engagieren sich seltener in Parteien (Harring et al. 2023). Außerdem wäre wie eingangs erwähnt genau die Sozialisation in unterschiedlichen beruflichen Umfeldern abseits der Politik zentral, um Diversität an Perspektiven im Parlament vertreten zu haben. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Stimme von wirklich jungen Menschen im Parlament Gehör findet. Die Perspektiven junger Menschen, die vor ihrer beruflichen Sozialisierung stehen, sind gerade deswegen wertvoll, weil sie deutlich anders ausfallen können - beispielsweise in der Diskussion der Pandemie-Maßnahmen und der Abwägung ihrer Folgen für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen.

³ Hinweis: Bei der Reform des Wahlrechtsalters im Jahr 2007 wurde nur das aktive Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt, das passive Wahlalter wurde dagegen nur von den bis dahin geltenden 19 auf 18 Jahre gesenkt.

Abbildung 2
Altersverteilung der Abgeordneten im Vergleich zur Wahlbevölkerung



Die Gruppe der 30–45-Jährigen ist typischerweise relativ gut repräsentiert. 40% der Abgeordneten fallen in diese Altersgruppe. Die noch etwas größere Gruppe sind die 46–59-Jährigen mit 44%. Nur ein Zehntel der Abgeordneten ist über 60 Jahre alt. Dies hat u. a. mit der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze von maximal 65 Jahren zu tun, die in Österreich – im Gegensatz zu anderen Ländern – de facto auch bei Parlamentsabgeordneten zum Tragen kommt. Parteien könnten zwar ältere Menschen kandidieren lassen, tun es aber nicht. Aus diesem Grund waren alle der 19 über 60-jährigen Abgeordneten bei ihrer Wahl im Jahr 2019 zwischen 60 und 66 Jahre alt. Dieser Umstand erschwert den Vergleich mit der Altersverteilung in der Wahlbevölkerung. Wenn man die gesamte Wahlbevölkerung (alle österreichischen Staatsbürger:innen über 16 Jahre) heranzieht sind 2019 ein Drittel aller Wähler über 60 Jahre alt gewesen. Da auch Politiker:innen sinnvollerweise in Pension gehen, ist der Vergleich mit der Wählerschaft im Erwerbsalter sinnvoller. Dieser Vergleich macht die Unterrepräsentation der unter 30-Jährigen nochmal deutlicher, während die mittleren Altersgruppen überrepräsentiert sind und die Gruppe der 60–65-Jährigen Erwerbstätigen quasi perfekt repräsentiert ist (s. Abbildung 2).

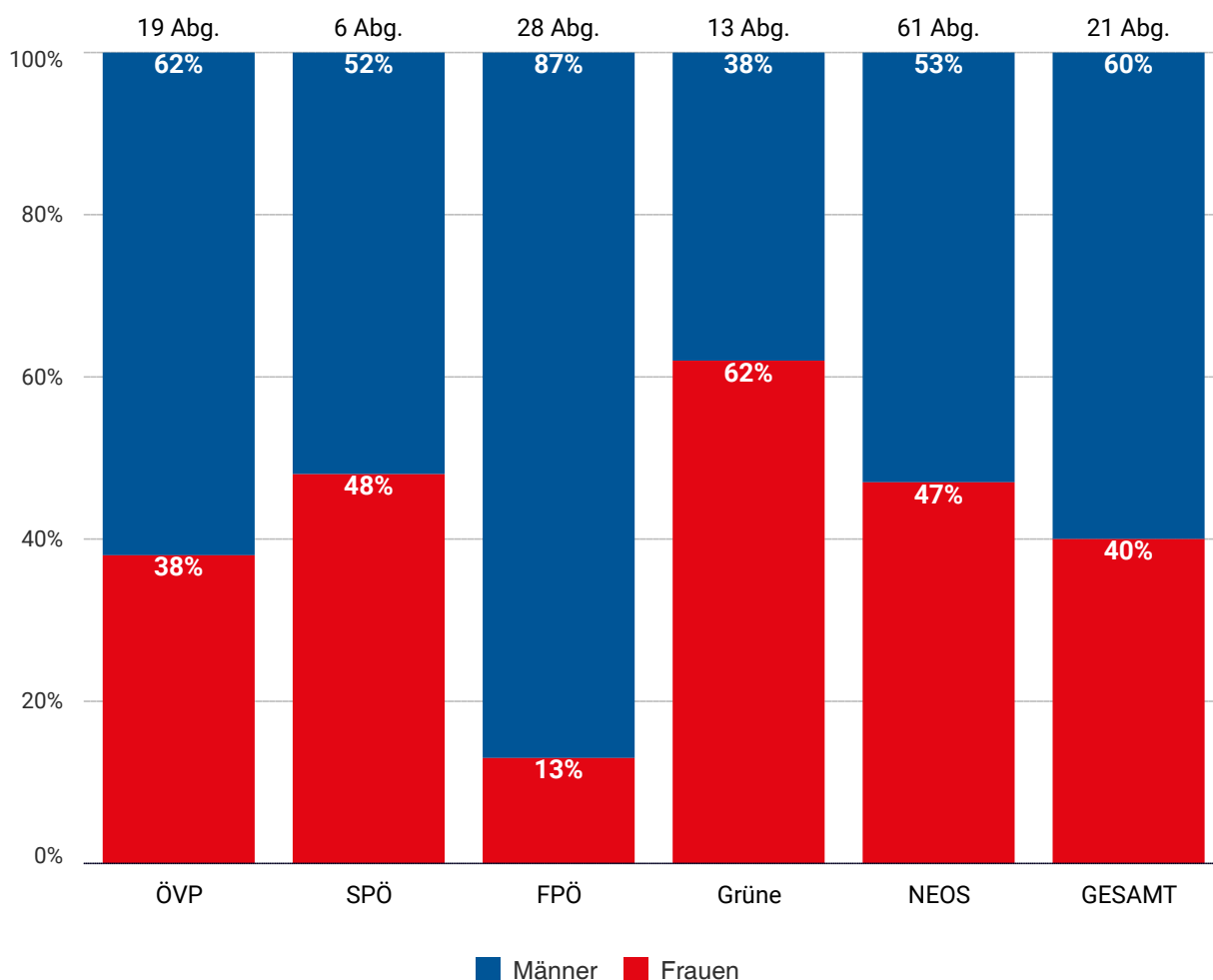
GESCHLECHT: NOCH NIE SO VIELE FRAUEN IM PARLAMENT, AUSSER IN DER FPÖ

Im Hinblick auf die Geschlechterrepräsentation setzt sich der positive Trend fort. Mit 40% weist das österreichische Parlament den höchsten Frauenanteil in seiner Geschichte aus. Auch im internationalen Vergleich ist der Anteil recht hoch. Der Schnitt aller EU-Länder beträgt 32 Prozent. Österreich liegt hier auch über dem westeuropäischen Schnitt (36,1%), jedoch noch unter den Spitzenreitern in Europa, die in Skandinavien zu finden sind (IPU 2024). Spannender ist hier der Blick in die unterschiedlichen Verteilungen zwischen den Parteien.

Wie in anderen Staaten haben auch in Österreich die Grünen den höchsten Frauenanteil. Auch die sozialdemokratische SPÖ und die wirtschaftsliberale NEOS haben im Einklang mit vielen ihrer europäischen Schwesterparteien eine Quasi-Geschlechterparität erreicht. Auch bemerkenswert sind die knapp 38% an Frauen im ÖVP-Parlamentsklub, was im internationalen Vergleich unter konservativen Parteien eher überdurchschnittlich ist. Die einzige Partei, die

Abbildung 3

Frauenanteil nach Parteien: Die FPÖ als Ausreißerin



mit ihrem Frauenanteil deutlich nach unten ausscheidet, ist die FPÖ. Die Partei weist seit langem eine im Schnitt männlichere Stammwählerschaft auf und Frauen sind auch in den Parteistrukturen der Partei in der Minderheit.

Interessant ist auch ein Blick auf die Verzahnung der Frauenanteile mit der Altersverteilung innerhalb der Parteien (Abbildung 4). Dabei zeigt sich einerseits, dass die drei größten Parteien mit im Schnitt 47–48 Jahren die älteren Abgeordneten haben, wobei die Grünen- und die NEOS-Mandatar:innen mit 42–43 Jahren einen deutlich niedrigeren Schnitt aufweisen. Das schlägt sich auch nieder in dem Umstand, dass bei ÖVP, SPÖ und FPÖ die größte Gruppe zwischen 46–60 Jahre alt ist, bei den beiden kleineren Parteien stattdessen die Gruppe der 30–45-Jährigen am stärksten vertreten ist. Weiters sieht man deutlich, dass weibliche Abgeordnete durchgehend – mit Ausnahme der

Grünen – jünger sind als ihre männlichen Parteikollegen. Bei ÖVP und SPÖ fällt dieser Unterschied mit einem durchschnittlichen Altersunterschied von 5 Jahren sogar deutlich aus. Dies hat möglicherweise auch damit zu tun, dass bei den großen Parteien Abgeordnete auch im Schnitt länger – oft mehrere Legislaturperioden – im Parlament sitzen (vgl. Ennser-Jedenastik 2024).

Zugespitzt formuliert könnte man die FPÖ angesichts dieses Befundes als »Partei der alten weißen Männer« bezeichnen. Fakt ist jedenfalls, dass der typische FPÖ-Mandatar deutlich erkennbar ist – ein Mann zwischen 46–60 Jahren. Interessant ist dabei auch, dass von der FPÖ bei der Wahl 2019 kein einziger Abgeordneter unter 30 oder über 60 Jahren auf einen wählbaren Listenplatz gereiht wurde. Eine Partei der Pensionist:innen wäre daher für die FPÖ auch eine falsche Zuschreibung.

Abbildung 4

Weibliche Abgeordnete sind im Schnitt jünger als männliche

	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	NEOS
18–29: Frauen	1%	3%	0%	4%	13%
18–29: Männer	4%	5%	0%	4%	0%
30–45: Frauen	18%	15%	3%	35%	47%
30–45: Männer	20%	10%	30%	23%	20%
46–60: Frauen	14%	23%	10%	15%	0%
46–60: Männer	30%	30%	57%	12%	7%
60+: Frauen	1%	5%	0%	8%	0%
60+: Männer	11%	10%	0%	0%	13%
Anzahl Abgeordnete	71	40	30	26	15
Mittel Alle	48,3	48,0	47,0	42,6	42,1
Mittel Frauen	44,2	45,5	45,8	43,6	41,0
Mittel Männer	50,7	50,2	47,2	41,1	43,1

Abbildung 5
Höchster Bildungsabschluss der österreichischen Nationalratsabgeordneten

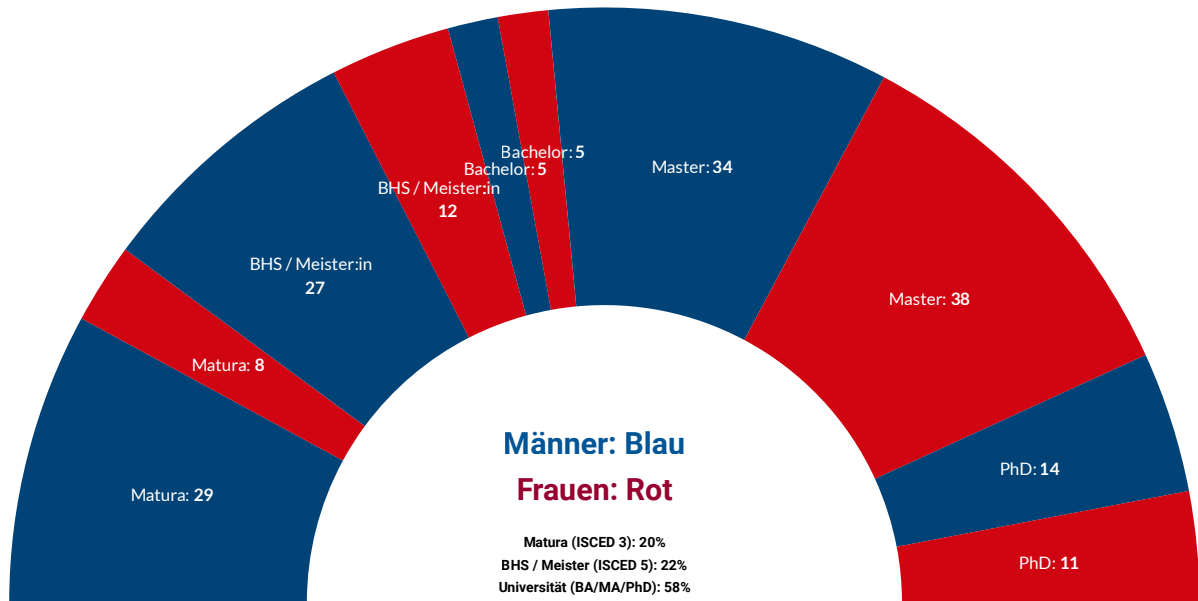
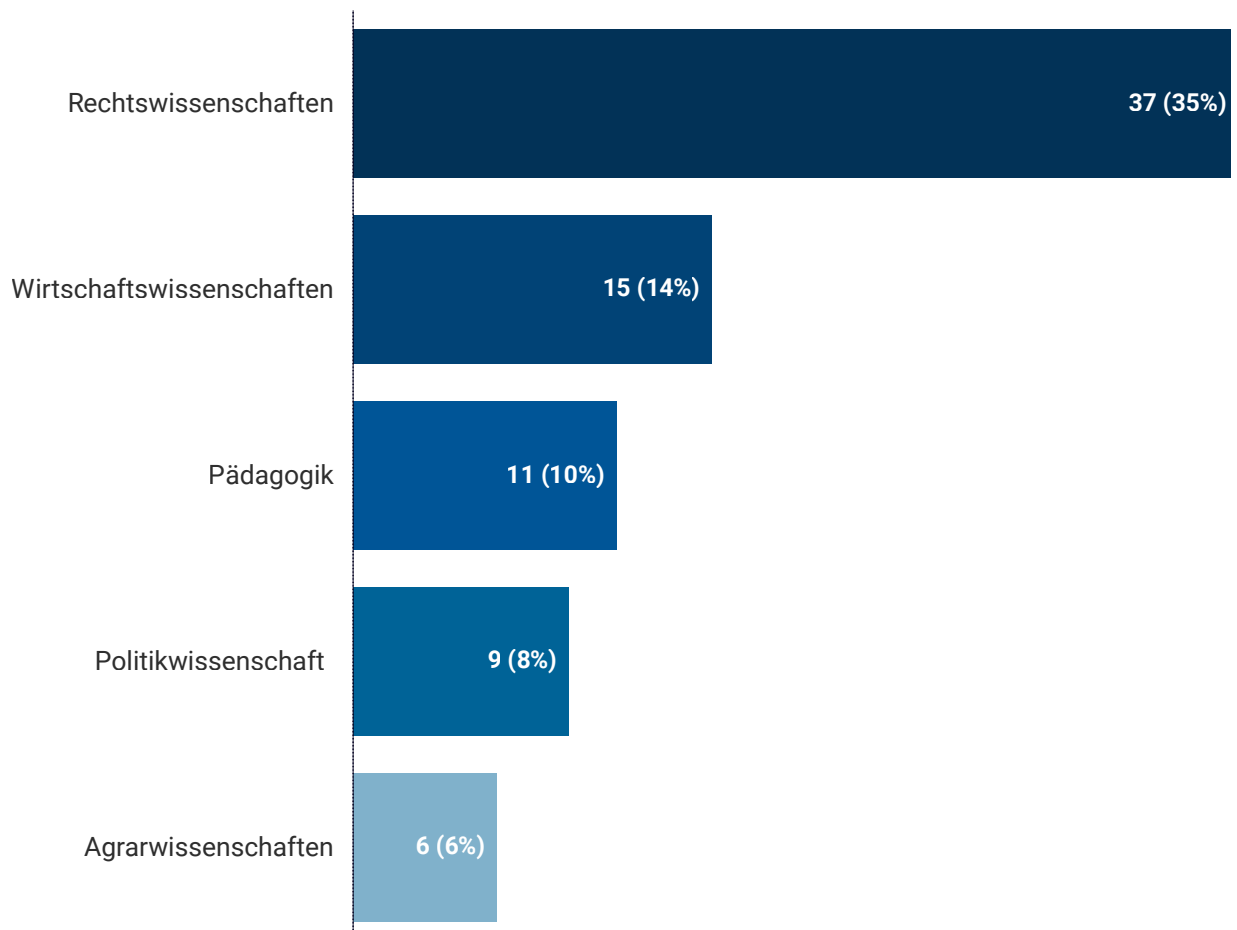


Abbildung 6
Die fünf häufigsten Studienrichtungen von Abgeordneten mit Studienabschluss



BILDUNG: DAS DUALE BILDUNGSSYSTEM MACHT SICH BEMERKBAR

Wenig überraschend haben alle österreichischen Abgeordneten zumindest die Matura (ISCED-Level 3) absolviert, besitzen also die allgemeine Hochschulreife (Abbildung 5). Ihren formalen Bildungsweg mit der Matura beendet haben ein Fünftel. Weitere 22% haben eine 5-jährige Höhere Berufsbildende Schule (BHS) absolviert und/oder Meisterprüfungen abgelegt (ISCED 5)⁴. Reine Universitätsabschlüsse haben mit 58% knapp über die Hälfte der Abgeordneten. Dies ist insofern bemerkenswert, als dieser Anteil in anderen Staaten Europas deutlich höher ist. Im französischen, spanischen oder britischen Parlament haben im Schnitt 90% der Abgeordneten zumindest einen universitären Bachelor-Abschluss (ISCED 6 oder höher) (Elsässer et al. 2022). Auch in Deutschland, das bildungssystemisch mit Österreich am ehesten vergleichbar ist, trifft das auf 89% aller Abgeordneten zu.

Dieser Befund zeigt die doch deutliche Präsenz des dualen Bildungssystems in Österreich, welches mit Berufsschulen eine qualifizierte Berufsausbildung und damit einen direkten Einstieg in das Erwerbsleben ohne universitäres Studium ermöglicht, inklusive der Möglichkeit, später Abgeordnete des Nationalrats zu werden.

Wenn man sich die Studienrichtungen der Abgeordneten mit Universitätsabschlüssen genauer ansieht, bekommt man ein wenig überraschendes Bild. 35% aller Akademiker:innen im Parlament weisen einen rechtswissenschaftlichen Abschluss auf, gefolgt von 14% in wirtschaftswissenschaftlichen Stu-

dien und 10% weitere im Bereich Pädagogik, wovon die Hälfte Lehramtsabschlüsse sind. 8% der Abgeordneten haben Politikwissenschaft studiert.

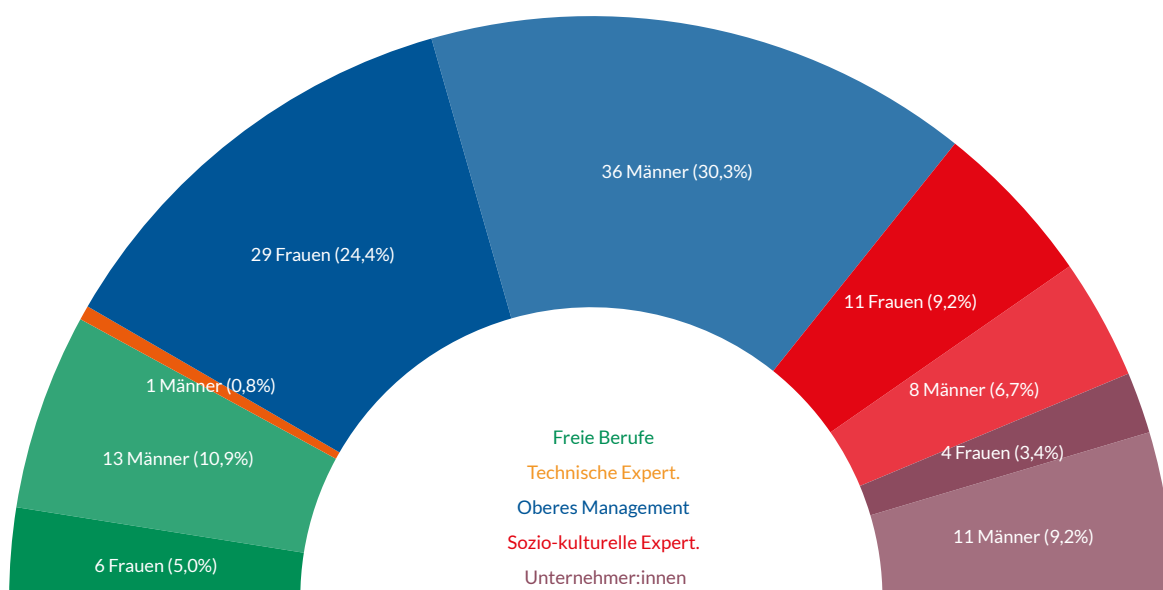
Die Dominanz der gemeinhin gängigen Abschlüsse aus Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft übersteigt damit nicht 60% aller Abschlüsse. Gleichzeitig sind – wie auch im internationalen Vergleich üblich – vor allem technische Studienabschlüsse (z. B. Atmosphärenphysik oder Ingenieurwesen) deutlich unterrepräsentiert und werden nur von drei Abgeordneten vorgewiesen. Die restlichen nicht aufgeführten Abschlüsse konzentrieren sich mehrheitlich auf andere sozialwissenschaftliche Abschlüsse wie Publizistik- und Kommunikation, Soziologie oder Organisationsentwicklung. Es gibt insgesamt drei rein geisteswissenschaftliche Abschlüsse in Philologie, Geschichte und Übersetzung, abgesehen von vereinzelten Philosophie-Nebenfächern. Insgesamt ist die Vielfalt der Abschlüsse österreichischer Abgeordneter damit im internationalen Vergleich nicht untypisch, aber etwas weniger homogen (vgl. Elsässer et al. 2022).

SOZIALE KLASSE: WENIGE ARBEITER:INNEN, ABER INSGESAM DURCHMISCHTER ALS IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Als weiteren Aspekt präsentiert dieser Bericht eine Auswertung der Klassenzugehörigkeit der Abgeordneten nach dem Klassifizierungssystem nach Daniel Oesch (2006). Wie eingangs erwähnt wird in der Repräsentativitätsforschung vor allem das Fehlen von Menschen mit nicht-akademischen Klassen diagnostiziert. Um dies zu erheben, wurden jeweils der Beruf beim erstmaligen Eintritt in das Parlament herangezogen und nach Oesch kodifiziert. Oesch's Klassenschema ist eine

⁴ Die fünfjährigen Abschlüsse der Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) gehören seit 15 Jahren zu ISCED 5 und damit zur untersten Stufe der tertiären Ausbildungen (Statistik Austria).

Abbildung 7
Ausdifferenzierte Berufsgruppenklassifizierung der oberen Dienstklasse



anerkannte Systematik, die es erlaubt, moderne Berufs- und Arbeitslogiken und so die »neue Arbeiter:innenklasse« und deren unterschiedliche Arbeitslogiken – vor allem im Bereich der Dienstleistungen – entsprechend richtig zu erfassen.

Ein Blick in die *Obere Dienstklasse* zeigt, welche Art von höheren Berufen die Abgeordneten bekleiden. Mehr als die Hälfte wird dabei dem *oberen Management* zugeordnet – das sind zum Beispiel Geschäftsführer:innen einer GmbH, ehemalige Bundesminister:innen oder Personalleiter:innen in einer Bank. 19 Abgeordnete (16%) üben *freie Berufe* aus, wobei zwölf davon im Rechtsbereich als Rechtsanwält:in oder Notar:in vor ihrem Eintritt in das Parlament tätig waren. 12% sind Leiter:innen oder Inhaber:innen größerer Unternehmen. Weitere 19 (16%) sind sozio-kulturelle Expert:innen – wobei die meisten Universitätslektor:innen (6), Lehrer:innen an Sekundarschulen (5) sowie Journalist:innen (3) sind. Diese Verteilung steht weitgehend im Einklang mit internationalen Vergleichsdaten, wobei auch der Anteil an Oberen Manager:innen in der *Oberen Dienstklasse* (55%) etwas geringer ausfällt als im Vergleichsdatensatz (62%) und stattdessen mehr Unternehmer:innen und freie Selbstständige vertreten sind (s. Abbildung 7).

Die Annahme liegt nahe, dass sich das duale Bildungssystem mit seiner hochwertigen Berufsschulausbildung auch im Parlament wiederfindet. Man sieht den Umstand auch daran, dass die Hälfte der Abgeordneten (51%) mit mittlerem Bildungsabschluss Mitglied der oberen Dienstklasse ist. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass knapp 70% dieser »Aufsteiger« Männer sind. Umgekehrt sind von jenen, die einen Universitätsabschluss haben, aber in der Unteren Dienstklasse tätig sind, mit 65% mehr Frauen als Männer vertreten. Ein weiteres Viertel ist Inhaber:in eines kleinen Betriebes. Das bedeutet: Auch mit Berufsschulab-

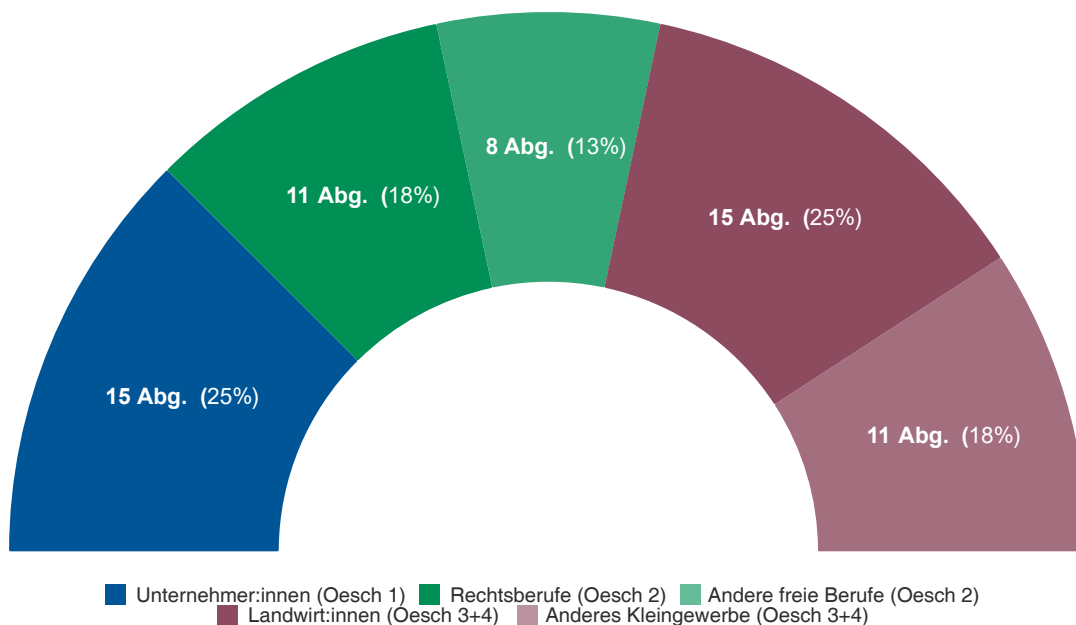
schlüssen hat man in Österreich gute Chancen, Jobs der oberen Dienstklasse zu bekleiden. Wenig überraschend haben alle ausgebildeten Arbeiter:innen höchstens einen Berufsschulabschluss.

Spannend ist auch der Blick in die Verteilung der Berufsarten unter den Selbstständigen (Oesch-Klassen 1–4, Abbildung 8). Unterschieden wird dabei zwischen Unternehmer:innen mit einer größeren Anzahl an Mitarbeitenden, freien Berufen die selbstständig tätig sind (e.g. Rechtsanwält:innen oder Ärzt:innen mit eigener Praxis) sowie den Kleingewerbetreibenden mit oder ohne Mitarbeitenden (z. B. EPUs, kleine Betriebe). Bemerkenswert ist, dass ein Drittel der österreichischen Abgeordneten vor dem Eintritt ins Parlament selbstständig tätig war. Viele davon sind dies auch neben ihrer Arbeit im Parlament, wie ein Blick in die parlamentarische Transparenzdatenbank zu Nebenerwerbseinkommen zeigt.

Der größte Anteil der Selbstständigen unter den Abgeordneten sind Kleingewerbetreibende (43%), wobei mehr als die Hälfte davon (58%) als Landwirt:innen, teils mit zusätzlichem Gasthausbetrieb, tätig sind. Bei den freien Berufen dominieren die selbstständig tätigen Rechtsanwält:innen und Notar:innen mit ebenfalls 58% klar. Spannend ist hiervon wieder die Parteienauswertung (Abbildung 9).

ÖVP und FPÖ sind die Parteien der Selbstständigen und Unternehmer:innen mit jeweils über 40% der Abgeordneten, die vor dem Eintritt ins Parlament ihre eigenen Arbeitgeber:innen waren und oft weiterhin sind. Von diesen selbstständigen Abgeordneten sind viele als Landwirt:innen im Kleingewerbe tätig – 32% bei der ÖVP und 23% bei der FPÖ. Die Repräsentation der Bauern und Bäuerinnen im gesamten Parlament beträgt damit 8%. Im internationalen Vergleich ist das – wenig überraschend – sehr hoch,

Abbildung 8
Selbstständig tätige Abgeordnete nach Art



besonders wenn man bedenkt, dass nur 3,5% der Erwerbstätigen in Österreich in der Landwirtschaft tätig sind. Bei den anderen Parteien variiert der Anteil der Selbstständigen zwischen 13 und 20% – und dort dominieren neben den

klassischen Unternehmer:innen vor allem die Rechtsberufe. Wenig überraschend ist die SPÖ damit im Parlament eine Partei der Angestellten, ebenso sind die Grünen vor diesem Hintergrund keine Partei der Selbstständigen.

Abbildung 9

Selbstständig tätige Abgeordnete nach Parteizugehörigkeit (in Klammer Anteil an jeweiliger Parlamentsfraktion)

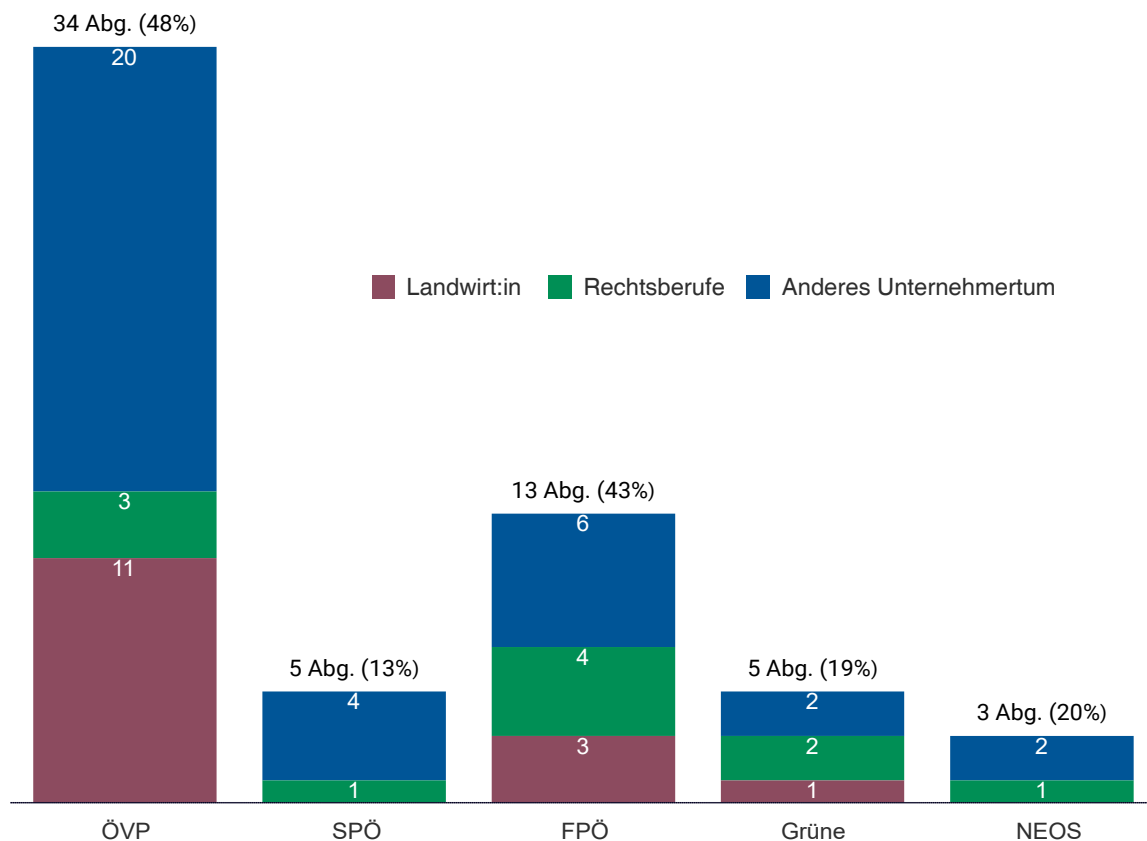


Abbildung 10

Erwerbsklassenzugehörigkeit nach Geschlechtern

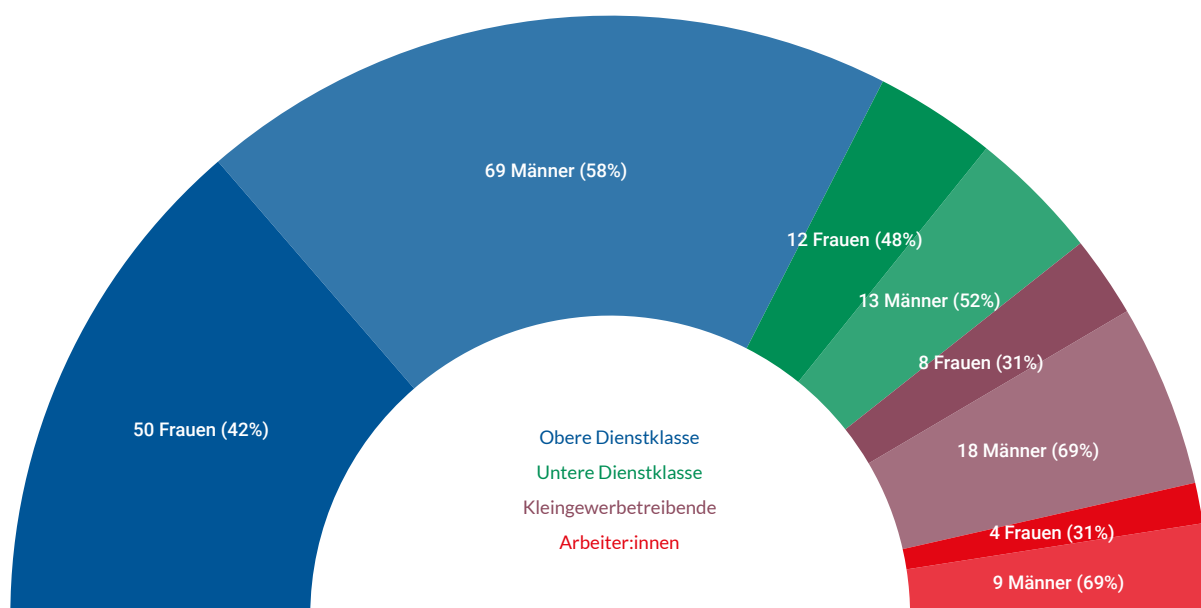
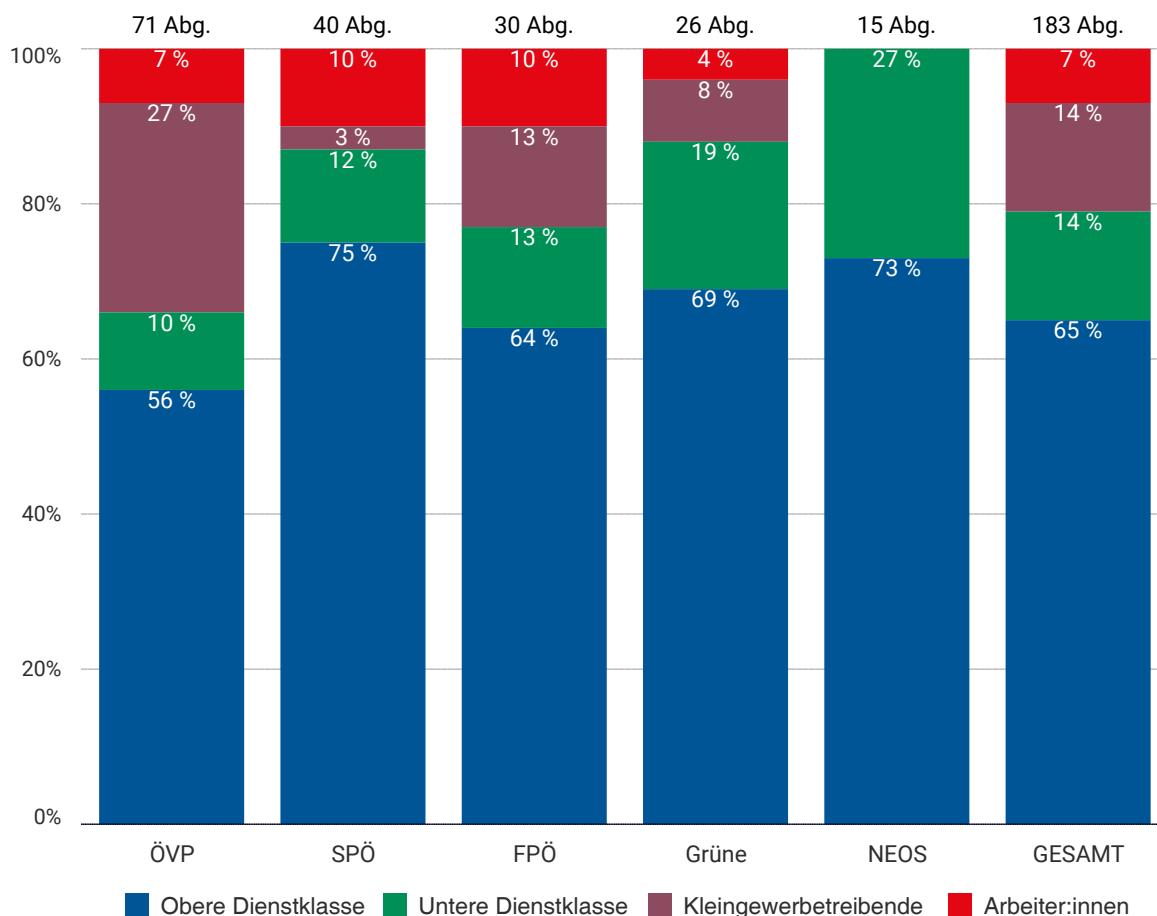


Abbildung 11

Erwerbsklassenzugehörigkeit nach Oesch nach Parteien



Nicht zuletzt wollen wir uns die ganze Verteilung der sozialen Erwerbsklassenzugehörigkeit nach Geschlechtern und zwischen den Parteien anschauen (Abbildungen 10 und 11). Aufgeteilt nach Geschlecht zeigt sich in Relation zum generellen Frauenanteil im Parlament (40%), dass vor allem unter den Kleingewerbetreibenden und den Arbeiter:innen deutlich mehr Männer sind. Ersters ist primär auf den hohen Anteil an männlichen Landwirten zurückzuführen. Zweiteres deutet darauf hin, dass die »neue Arbeiter:innenklasse« (Engels et al. 2024), die zunehmend weiblich und migrantisch ist, noch nicht adäquat im Parlament vertreten ist. Weiters spiegelt der in der Unteren Dienstklasse mit 48% etwas stärkere Frauenanteil, gepaart mit dem oben genannten Umstand der hochgebildeten Frauen, die unter ihrer Qualifikation tätig sind, auch einen allgemeinen gesellschaftlichen Trend wieder.

Einerseits zeigt sich das im internationalen Vergleich interessante Bild, dass der Anteil der Abgeordneten aus der *Oberen Dienstklasse* mit 65% deutlich geringer (analog zum Akademiker:innenanteil) ausfällt. Dieser liegt in den anderen Ländern des europäischen Vergleichsdatensatzes bei weit über 80% (Abbildung 12). Das österreichische Parlament ist damit diverser als die Parlamente vieler anderer Länder. Der geringe Anteil der ÖVP-Abgeordneten in der oberen Dienstklasse lässt sich vor allem auf den eben beschriebenen großen

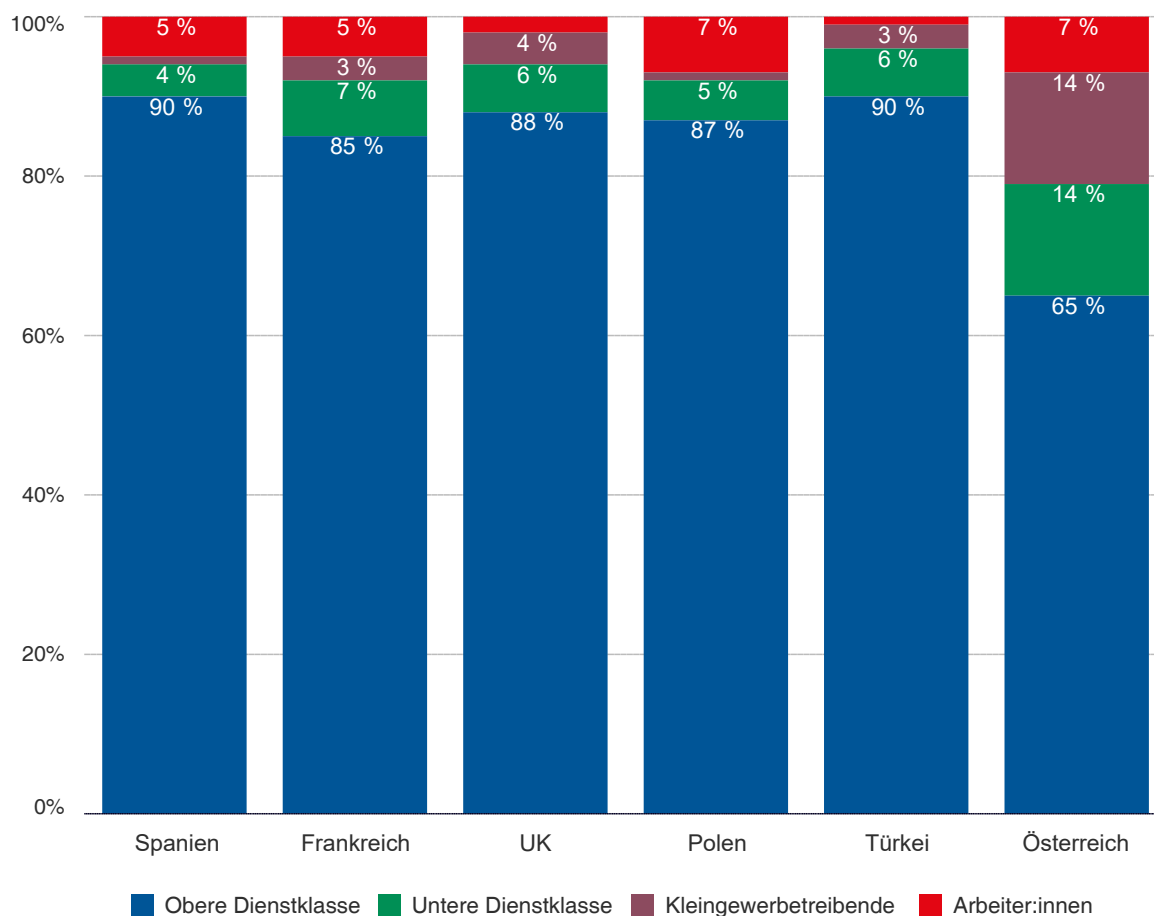
Anteil an Kleingewerbetreibenden zurückführen. Unter den qualifizierten Arbeiter:innen haben die SPÖ und die FPÖ mit jeweils 10% den relativ höchsten Anteil, am geringsten fällt dieser bei Grünen (4%) und NEOS (0%) aus. Dazu sei angemerkt, dass die Klassifizierung nach Oesch Gewerkschaftsführer:innen als *Obere Dienstklasse* klassifiziert, da diese eine Managementposition ausüben. Man könnte jedoch durchaus argumentieren, dass die von Gewerkschaftsführer:innen zu Beginn ihres Berufslebens gemachte Sozialisation als Arbeiter:innen in Produktionsbetrieben deren politisches Wirken maßgeblich beeinflussen. Unter diesem Gesichtspunkt würde der Anteil der Arbeiter:innen innerhalb des SPÖ-Klubs auf 15% steigen. In jedem Fall zeigt die Erhebung, dass sich die Ansprüche der SPÖ wie auch der FPÖ, ein Angebot für Arbeiter:innen zu sein, sich zumindest relativ in deren Repräsentativität im Parlament widerspiegelt.

FAZIT: BESSER ALS IM VERGLEICH, ABER MIT LUFT NACH OBEN

Der österreichische Nationalrat zeigt auf der einen Seite typische Marker der Repräsentativitätstrends in europäischen Demokratien. Der hohe Frauenanteil sticht heraus, die Repräsentation von Jungen ist – wenn auch nicht perfekt – besser

Abbildung 12

Erwerbsklassenzugehörigkeit im internationalen Vergleich



als in vielen anderen Ländern. Vor allem die Parteien links der Mitte drücken den Frauenanteil nach oben. Im Einklang mit internationalen Daten schert vor allem die radikal-rechte FPÖ deutlich nach unten aus.

Im Bereich der Bildungs- und Erwerbsklassenauswertung weist Österreich hingegen ein etwas differenzierteres Bild auf und erweist sich so als repräsentativer als andere Ländern. Atypisch ist zum einen der etwas höhere Anteil an Selbstständigen und Unternehmer:innen im Allgemeinen und auch innerhalb der höchsten Erwerbsklasse. Zum anderen sind vor allem der hohe Anteil an Berufsschulabschlüssen (ISCED 5) und der damit einhergehende, im Vergleich deutlich niedrigere Akademiker:innenanteil internationale Ausreißer. Der Nationalrat ist damit im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Parlamenten in geringerem Maße ein »Akademiker:innenparlament«.

Aus demokratiepolitischer Sicht ist dieser Befund begrüßenswert, da vor allem eine zu hohe Homogenität der beruflichen Prägungen zum Verlust von Perspektiven führen und eine messbar geringere Responsivität gegenüber anderen Problemlagen zur Folge haben kann. Gleichzeitig ist die unterrepräsentierte Arbeiter:innenschaft auch in Österreich zu finden. Im Hinblick darauf, dass internationale Studien

zeigen, dass insbesondere die Responsivität gegenüber den Präferenzen dieser Gruppen zunehmend leidet, ist eine Diskussion über eine bessere Integration von potentiellen Politiker:innen mit Arbeiter:innenhintergrund sinnvoll, zumal derzeit keine einzige Partei eine hohe Repräsentation dieser aufweist.

REFERENZEN

- Barnes, T. D. / Saxton, G. W.** (2019): Working-Class Legislators and Perceptions of Representation in Latin America, in: *Political Research Quarterly* 35 (1), S. 1–19.
- Best, H.** (2007): New Challenges, New Elites? Changes in the Recruitment and Career Patterns of European Representative Elites, in: *Comparative Sociology* 6, S. 85–113.
- Borwein, S.** (2021): Do ministers' occupational and social class backgrounds influence social spending?, in: *Politics, Groups, and Identities*, S. 1–23, <https://doi.org/10.1080/21565503.2020.1854792>.
- Bovens, M. A. P. / Wille, A.** (2017): *Diploma Democracy: The Rise of Political Meritocracy*, Oxford: Oxford University Press.
- Carnes, N.** (2012): Does the Numerical Underrepresentation of the Working Class in Congress Matter?, in: *Legislative Studies Quarterly* 37 (1), S. 5–34.
- Carnes, N.** (2013): *White-Collar Government. The Hidden Role of Class in Economic Policy Making*, Chicago: Chicago University Press.
- Engels, J.N., Arnold, A. & Schläger C.** (2024). »Wie viel Klasse steckt in der Mitte?«. Erwerbsklassen und ihr Blick auf Arbeit, Gesellschaft und Politik. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Elsässer, L., Hense, S., & Schäfer, A.** (2017). "Dem Deutschen Volke"? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 27(2), 161–180.
- Elsässer, L. / Schäfer, A.** (2022): Ungleiche Demokratien: Wer sitzt (nicht) im Parlament? FES Demokratie der Zukunft. Wien.
- Ennser-Jedenastik, L.** (2024): Repräsentation der Wähler? Sie sind wie wir, nur anders. *Der Pragmaticus*. <https://www.derpragmaticus.com/r/repraesentation-politiker>.
- Espírito-Santo, A. / Freire, A. / Serra-Silva, S.** (2020): Does women's descriptive representation matter for policy preferences? The role of political parties, in: *Party Politics* 26 (2), S. 227–237.
- Hayo, B. / Neumeier, F.** (2012): Leaders' Impact on Public Spending Priorities: The Case of the German Länder, in: *Kyklos* 65 (4), S. 480–511.
- Harring, M. / Lamby, D. / Peitz, L. / Bíró-Nagy, A. / Szabó, A.** (2023): Youth Study. Personal Optimism, National Pessimism, Trust in Europe. A comparison of values, attitudes, and plans of young people in the Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Poland, and Slovakia.
- Heidar, K. / Pedersen, K.** (2006): Party Feminism: Gender Gaps within Nordic Political Parties, in: *Scandinavian Political Studies* 29 (3), S. 192–218.
- Hemingway, A.** (2020): Does Class Shape Legislators' Approach to Inequality and Economic Policy? A Comparative View, in: *Government and Opposition* (online first), S. 1–24, <https://doi.org/10.1017/gov.2020.27>.
- Kitschelt, H. / Rehm, P.** (2014): Occupations as a Site of Political Preference Formation, in: *Comparative Political Studies* 47 (12), S. 1670–1706.
- Oesch, D.** (2006): *Redrawing the Class Map: Stratification and institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*, Houndmills / Basingstoke / Hampshire / New York: Palgrave Macmillan.
- O'Grady, T.** (2019): Careerists Versus Coal-Miners: Welfare Reforms and the Substantive Representation of Social Groups in the British Labour Party, in: *Comparative Political Studies* 52 (4), S. 544–578.
- Wängnerud, L. / Sundell, A.** (2012): Do politics matter? Women in Swedish local elected assemblies 1970–2010 and gender equality in outcomes, in: *European Political Science Review* 4 (1), S. 97–120.
- Wenker, J.** (2024): *Ungleiche Demokratien: Wer geht (nicht) wählen?* FES Demokratie der Zukunft. Wien.
- Zandonella, M. / Ehs, T.** (2021): Demokratie der Reichen? Soziale und politische Ungleichheit in Wien. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 47(1), 63–102.

DATEN- UND KODIERUNGSQUELLEN

Elsässer, L. / Schäfer, A. (2021): Repräsentation und Responsivität: Wie die Zusammensetzung der Parlamente politische Entscheidungen beeinflusst. In Handbuch Regierungsforschung (pp. 1–11). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

IPU Parline. (2024): Global and regional averages of women in national parliaments. April 2024. Global data on national parliaments. https://data.ipu.org/women-averages/?date_year=2024&date_month=04.

Korom, P. (2023): Who is Who in the National Council of Austria: A New Biographical Database (1945 – 2019) – Documentation. <https://doi.org/10.11587/UNVOA2>, AUSSDA. <https://data.aussda.at/dataset.xhtml?persistentId=doi:10.11587/UNVOA2&widget=dataverse@AUSSDA>.

meineabgeordneten.at. (2024): Medieninhaber: Meine Abgeordneten – Verein zur Förderung von Transparenz und Demokratie. Mai 2024.

Oesch, D. (2020): Scripts for Social Class. ISCO Coding Module. <https://people.unil.ch/danieloesch/scripts>.

Statistik Austria. (2011): Zuordnung der Bildungsgänge des österreichischen Bildungswesens zur ISCED 2011 (Stand: 2021). https://www.statistik.at/kdb/downloads/pdf/zuordnung_der_bildungsgaenge_des_oesterreichischen_bildungswesens_zur_isce.pdf.

UD Comparative Data Set. (2022): Aus: Ungleiche Demokratien: Wer sitzt (nicht) im Parlament? Vergleichsdaten aus Frankreich, Spanien, Polen, Großbritannien und Türkei. Armin Schäfer und Lea Elsässer. FES Demokratie der Zukunft. 2022. Wien. <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/19348.pdf>.

WARP. (2023): Worldwide Age Representation in Parliaments Dataset. Daniel Stockemer & Axel Sündström. <https://www.warpdataset.com/dataset.php>.

ÜBER DEN AUTOR

Michael Jennewein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Demokratie und Ökonomie bei *FES Demokratie der Zukunft* mit Sitz in Wien. Er arbeitet hauptsächlich zu den Themen Ungleichheit und Strategien gegen die radikale Rechte. Er hat Philosophie und VWL in Bayreuth sowie Verwaltungswissenschaften und Digitalisierung in Tallinn studiert.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
FES Regionalbüro für Internationale
Zusammenarbeit – Demokratie der Zukunft
Reichsratsstr. 13/5
A-1010 Wien

Inhaltliche Verantwortung:
Johanna Lutz, Leiterin, Demokratie der Zukunft
Tel.: +43 1 890 3811 301
X: @FES_Democracy
democracy.fes.de

Projektmanagement:
Michael Jennewein, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
für Demokratie und Ökonomie

Kontakt/Bestellungen: democracy.vienna@fes.de

Satz/Layout: pertext, Berlin | www.pertext.de
Covergestaltung: pertext, Berlin | www.pertext.de
Abbildungen: Michael Jennewein, Demokratie der Zukunft

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ÜBER »UNGLEICHE DEMOKRATIEN«

Ungleiche Demokratien ist ein Projekt von *FES Demokratie der Zukunft* und setzt sich zum Ziel, die Auswirkungen von Ungleichheiten auf Demokratien vergleichend zu analysieren und in den politischen Diskurs einzubringen sowie Entscheidungsträger:innen zu beraten.

Im Format **»Wer sitzt (nicht) im Parlament?«** wird die soziale Repräsentativität von Parlamenten in den Demokratien Europas unter die Lupe genommen. Im Jahr 2022 wurde dazu eine vergleichende Studie (Elsässer et al. 2022) veröffentlicht. In weiterer Folge werden laufend Länderanalysen wie die vorliegende veröffentlicht.

Im Format **»Wer geht (nicht) wählen?«** wird die Wahlbeteiligung in 30 OSZE-Ländern seit 1970 hinsichtlich Geschlecht, Altersgruppen, soziale Klassen und Bildungsniveaus der Wähler:innen und Nichtwähler:innen betrachtet sowie soziale Auswirkungen davon analysiert. Im Jahr 2022 wurde dazu eine vergleichende Studie (Elsässer et al. 2022) veröffentlicht, vereinzelt Länderanalysen folgen laufend.

Mehr Informationen unter:
<https://democracy.fes.de/topics/inequality-democracy>

ISBN 978-3-98628-503-6

© 2024

ÖSTERREICH: WER SITZT (NICHT) IM PARLAMENT?

Eine Analyse der sozialen Repräsentation des österreichischen Nationalrats
in der 2019–2024 Legislaturperiode



Der österreichische Nationalrat zeigt auf der einen Seite typische Marker der Repräsentativitätstrends in europäischen Demokratien. Der hohe Frauenanteil sticht heraus, die Repräsentation von Jungen ist – wenn auch nicht perfekt – besser als in vielen anderen Ländern. Vor allem die Parteien links der Mitte drücken den Frauenanteil nach oben. Im Einklang mit internationalen Daten schert vor allem die radikal-rechte FPÖ deutlich nach unten aus.



Atypisch ist zum einen der etwas höhere Anteil an Selbstständigen und Unternehmer:innen im Allgemeinen und auch innerhalb der höchsten Erwerbsklasse. Zum anderen sind vor allem der hohe Anteil an Berufsschulabschlüssen und der damit einhergehende, im Vergleich deutlich niedrigere Akademiker:innenanteil internationale Ausreißer. Der Nationalrat ist damit im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Parlamenten in geringerem Maße ein »Akademiker:innenparlament«.



Aus demokratiepolitischer Sicht ist dieser Befund begrüßenswert, da vor allem eine zu hohe Homogenität der beruflichen Prägnungen zum Verlust von Perspektiven führen und eine messbar geringere Responsivität gegenüber anderen Problemlagen zur Folge haben kann. Gleichzeitig ist die unterrepräsentierte Arbeiter:innenschaft auch in Österreich zu finden. Internationale Studien zeigen, dass die Responsivität gegenüber den Präferenzen dieser Gruppen zunehmend leidet. Daher ist eine Diskussion über eine bessere Integration von potentiellen Politiker:innen mit Arbeiter:innenhintergrund notwendig.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
democracy.fes.de